



Eine Bilanz der SPD-Politiker*innen aus Lichterfelde West

Martin Matz, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Carolina Böhm, Stadträtin und Alexander Niessen, Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung

„Recht und Gesetz beruhen zuallererst auf Gerechtigkeit: Schutz der Schwachen, Bändigung der Mächtigen und der Übermütigen; sie erfordern einen Staat, der das Notwendige - mit Hilfe klarer Gesetze und einer effektiven Verwaltung - auch gegen die geballten Interessen der Privilegierten durchsetzen kann.“

So beschrieb Willy Brandt das Ideal des gerechten Staatswesens. Auch heute noch ist das ein Satz, an dem wir Sozialdemokrat*innen uns orientieren. Der Satz steht für das bedingungslose Bekenntnis zur Demokratie und zum nötigen Mut, sich gegen die Kräfte zu stellen, die dieses Ideal zerstören und gegen das Recht des Stärkeren, des Rücksichtslosen austauschen wollen. Das gilt auch und gerade in der Regierungsverantwortung. Nun ist Gerechtigkeit kein Tatbestand, sondern ein Gefühl, und jeder versteht darunter etwas anderes. Alle Dinge sollen wir also idealerweise so gestalten, dass sie von der Mehrheit der Menschen als gerecht empfunden werden. Das ist oft nicht einfach, manchmal sogar völlig unmöglich.

Auf den nächsten Seiten finden Sie drei ganz persönliche Bilanzen: Stadträtin, Bezirksverordneter und Berliner Abgeordneter blicken zurück auf ihre Erfolge und Gelerntes aus den letzten Jahren. Das ist jetzt nicht „große Politik“, sondern eher das politische Tagesgeschäft, das gerne übersehen wird, aber doch unmittelbaren Einfluss auf das Leben in unserer Großstadt und unserem Bezirk hat.

Das Land und die Stadt brauchen dringend Reformen. Das ist nicht immer nur angenehm, denn das bedeutet auch eine Abkehr von lieb gewordenen Gewohnheiten. Als Politiker*in auf jeder Ebene braucht man für den Job deshalb viel Mut und Optimismus. Reformen funktionieren nur dann gut, wenn am Anfang weder Sündenböcke noch Schuldzuweisungen stehen und sich am Ende mehrheitlich das Gefühl von Gerechtigkeit einstellt.

Ich bin da tatsächlich optimistisch. Das klingt vielleicht etwas komisch, aber ohne Optimismus können wir hier sozusagen einpacken, und zwar alle miteinander. Wenn wir Willy Brandts

Grundsätze gegenüber den Rattenfängern und Rücksichtslosen behaupten wollen, braucht es Optimismus. Und Mut. Und die Bereitschaft zum Anecken. Das werden harte Brocken für alle, aber wer weiß? Vielleicht führt das Ganze am Ende sogar zu Stolz auf die gemeinsame Leistung und einen neuen Berliner Patriotismus?

Petra Hauschulz
Co-Vorsitzende der
SPD Lichterfelde West

Impressum / Kontakt

Herausgeberin:

Abteilung Lichterfelde West der SPD
www.spd-lichterfelde-west.de
ViSdP: Alexander Niessen,
SPD-Kreisbüro
Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Telefon: 76 67 985 4 (Kreisbüro)
E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Fotos: S.2, S.3: SPD Berlin/Anne Hufnagl
S.1 und 4: Redaktion

Drei Jahre im Abgeordnetenhaus - ‚Wir in Lichterfelde‘ im Gespräch mit Martin Matz



WiLi: *Lieber Martin, wenn Du auf die vergangenen drei Jahre im Abgeordnetenhaus zurückblickst: Wie fällt Deine persönliche Bilanz aus?*

Martin: Obwohl diese Wahlperiode durch die Wiederholungswahl nur gut drei Jahre umfasste, haben wir viel erreicht. Die Koalition mit der CDU haben wir in der SPD Lichterfelde West ja durchaus kritisch gesehen. Umso wichtiger ist, dass es gelungen ist, die zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrags umzusetzen und trotz unterschiedlicher Positionen verlässlich und konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Als SPD wollen wir insbesondere in der Mieten- und Wohnungspolitik noch entschlossener handeln: mehr Wohnungsneubau, vor allem durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, mehr sozialen Wohnungsbau und einen stärkeren Schutz von Mieterinnen und Mietern durch eine wirksame Regulierung des Wohnungsmarktes.

Deutlich unterschiedliche Vorstellungen gibt es auch in der Verkehrspolitik. Warum soll zum Beispiel der gut funktionierende Radweg stadtauswärts Unter den Eichen beseitigt werden und Radfahrende stattdessen wieder einen schmalen, durch Baumwurzeln beschädigten Weg nutzen sollen. Viele Menschen gehen zu Fuß, fahren mal S-Bahn, mal Fahrrad oder nutzen auch mal das Auto. Berlin braucht eine moderne und pragmatische Verkehrspolitik statt ideologischer Debatten.

Erfreulich ist die klare Einigkeit in der Koalition beim Schutz jüdischen Lebens und im entschlossenen Kampf gegen Antisemitismus. Gerade angesichts zunehmender antisemitischer Vorfälle ist das ein wichtiges und notwendiges Signal aus Berlin.

WiLi: *Für uns steht natürlich der Kiez im Mittelpunkt. Worauf bist Du mit Blick auf Lichterfelde West und Zehlendorf-Süd besonders stolz?*

Martin: Ich habe in den vergangenen Jahren viel Zeit im Wahlkreis verbracht, bei Veranstaltungen, in Sprechstunden und zuletzt bei über 3000 Tür-zu-Tür-Gesprächen. Dabei zeigt sich schnell, welche Themen die Menschen tatsächlich beschäftigen und wo Politik vor Ort liefern muss.

Immer wieder genannt werden sichere Rad- und Fußwege, mehr Schulwegsicherheit, attraktive öffentliche Plätze, weniger Vermüllung im öffentlichen Raum und ein besseres Baustellenmanagement in Lichterfelde West.

Genau auf diese Themen habe ich mich in meiner parlamentarischen Arbeit konzentriert. Druck braucht es weiterhin, etwa für die verkehrsberuhigten Schulstraßen in Steglitz-Zehlendorf oder die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Lichterfelde West. Die Konzepte liegen vor, der Handlungsbedarf ist bekannt, jetzt muss es endlich an die Umsetzung gehen.

WiLi: *Als innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion stehen auch Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen im Zentrum Deiner Arbeit. Wie siehst Du deine Bilanz im Bereich Innenpolitik?*

Martin: Gerade bei diesen Themen zeigt sich, dass wir trotz der verkürzten Wahlperiode wichtige Vorhaben umsetzen konnten. Mit den Novellen des Berliner Polizeigesetzes haben wir das Polizeirecht an die technischen Entwicklungen der Gegenwart angepasst und zugleich die Bürgerrechte im Blick behalten.

So sind Technologien, die unverhältnismäßig in die Grundrechte eingreifen, ausgeschlossen, wie etwa die biometrische Echtzeitidentifizierung bei der Videoüberwachung. Zugleich wurden die rechtlichen Voraussetzungen für neue Technologien mit Mehrwert für die Polizei geschaffen, wie der Einsatz von Bodycams oder von KI zur Datenanalyse.

Ein wichtiger Erfolg ist der personelle Ausbau unserer Sicherheitsbehörden. Seit die SPD 2016 die Verantwortung für die Innenpolitik übernommen hat, ist die Zahl der tatsächlich verfügbaren Polizeidienstkräfte um fast zehn Prozent gestiegen. Mehr Polizeipräsenz stärkt das Sicherheitsgefühl der Menschen und verbessert die Arbeit vor Ort. Mit der Entlastung der Einsatzkräfte von Verwaltungsaufgaben konnten wir deren Präsenz auf Berlins Straßen weiter erhöhen.

Den Rettungsdienst konnten wir mit einer Reform des Rettungsdienstgesetzes, verbesserter Steuerung der Einsätze und der Einführung von Notfallkategorien deutlich entlasten. Bei lebensbedrohlichen Notfällen sind die durchschnittlichen Eintreffzeiten von über elf auf unter neun Minuten gesunken. Gleichzeitig investieren wir konsequent in die Ausbildung, etwa durch die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsräume. Die Berliner Feuerwehr bildet heute so viele Nachwuchskräfte aus wie nie zuvor.

Eine der größten Herausforderungen bleibt der Sanierungsstau bei Gebäuden und bei der Ausstattung von Polizei und Feuerwehr. Versäumnisse über viele Jahre lassen sich nicht innerhalb einer Wahlperiode beheben. Dennoch haben wir in der kurzen Zeit mehr als 90 Millionen Euro in die Sanierung von Polizeiabschnitten und Feuerwachen investiert. So wurde der Polizeiabschnitt bei uns am Augustaplatz aufwändig saniert. Solche Investitionen werden auch in den kommenden Jahren erfolgen.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir den weiteren Einsatz von KI gesellschaftlich kritisch begleiten und nicht allein der Polizei überlassen. Zudem wollen wir den Schwerpunkt weiter auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität setzen und die Gefahr des *Racial Profiling* durch das Eingrenzen verhaltensunabhängiger Kontrollen mindern.

WiLi: *Vielen Dank, Martin, für das Gespräch. Wir wünschen Dir eine erfolgreiche Wiederwahl, damit Du Deine wichtige Arbeit im Abgeordnetenhaus auch nach der Wahl am 20. September fortsetzen kannst.*

Ganz ehrlich - eine Erfolgsbilanz

Carolina Böhm Stadträtin



Die Legislaturperiode war unter vielen Gesichtspunkten bemerkenswert. Blicken wir zurück zum Wahltag und erinnern uns. Wir standen noch unter dem Einfluss der Pandemie, es fand eine Wahl über drei Ebenen Bund, Land, Bezirke statt, verbunden mit einem wichtigen Volksentscheid und das alles zeitgleich mit dem Berliner Marathon. Der Wahltag war von Pannen begleitet und schon schnell war klar, dass die Ergebnisse in Frage gestellt werden würden.

Trotzdem werteten wir in Steglitz-Zehlendorf die Ergebnisse aus und machten uns Gedanken über mögliche Koalitionen, die im Bezirk Zählgemeinschaften heißen. Und siehe da, es schien möglich, zum ersten Mal seit langem ohne die CDU eine neue Zählgemeinschaft zu begründen – aus SPD, Bündnis 90/ Grüne und der FDP. Das Bündnis wurde vereinbart, ein Zählgemeinschaftsvertrag geschlossen und wir haben diese fünf Jahre sehr produktiv miteinander gearbeitet. Die Wiederholungswahl im Jahr 2023 hat zwar die Zusammensetzung des Bezirksamtes verändert, die Zählgemeinschaft blieb jedoch stabil.

Wie wichtig die Kontinuität in der Arbeit ist, zeigt sich für mich besonders an Großvorhaben: Im Jahr 2022 fand ein entscheidender Spatenstich statt und 2024 haben wir im Bezirk ein neues Kinder- und Jugendkrankenhaus für seelische Gesundheit eröffnet.

Diese Erweiterung des Joseph-Krankenhaus in unseren Bezirk war ein großes Anliegen für mich als Gesundheitsstadträtin und ich bin dankbar, dies umgesetzt zu haben. Wie wichtig

dieser Neubau war, zeigte sich schon in den ersten Wochen nach der Eröffnung, als sofort alle Stationen belegt waren!

Weitere Großbauvorhaben waren die denkmalgeschützte Sanierung des großen Hauses der Jugend am Waldsee, direkt neben dem gleichnamigen Museum. Die Fassadeninstandsetzung mit den handgefertigten Schindeln, denkmalgerecht, war eine enorme Herausforderung. Momentan geht der Innenausbau voran. Saniert wurde außerdem die Freizeiteinrichtung in Düppel und mit einem modernen Anbau außerdem erweitert.

Für Kinder, Jugendliche und Familien wollen wir schöne Orte zur Verfügung stellen, die einladend wirken und gerne besucht werden.

Das gilt insbesondere dort, wo es den Menschen vielleicht nicht so gut geht und das Geld am Ende des Monats im Portemonnaie mal knapper wird. Daher freue ich mich besonders über die Unterstützung der Thermometersiedlung in Lichterfelde-Süd durch das Quartiersmanagement, welche im Jahr 2021 startete. Der Kieztreff wurde ausgebaut, Feste wurden veranstaltet, der Stangenpfehl saniert und die Spiel- und Bolzplätze der Siedlung erneuert.

Auch dort wird die Kinder-, Jugend- und Nachbarschaftseinrichtung saniert und vor allem barrierefrei neugestaltet! Fast fertig ist auch das neue Gemeindezentrum, ebenfalls durch Landesmittel unterstützt, und es wird ein Ort mit zahlreichen öffentlichen Angeboten für die Nachbarschaft werden.

Neue Kieztreffpunkte sind außerdem auch in Lankwitz entstanden, einmal die Leonie in der Leonorenstraße und das Kiez Büro am Gemeindepark in der Emmichstraße. In Steglitz wurde mit dem Haus Markus direkt am Stadtpark Steglitz sogar ein neues Stadtteilzentrum gegründet, verbunden mit einem Pflegestützpunkt, der Beratungsstelle für Alleinerziehende und der Migrationsberatung ein wichtiger Standort im Kiez.

Als Stadträtin für Jugend und Gesundheit für die SPD sind für mich die Anliegen der Menschen der Motor meiner Arbeit. Deswegen laden wir die Familien mit neugeborenen

Kindern zu Willkommensfesten ein – wir wollen hören, was Sie brauchen, womit der Alltag entlastet werden kann.

Ein weiteres wichtiges Beratungsangebot findet in Arztpraxen statt, sowohl bei einer Gynäkologin als auch in insgesamt sieben Kinderarztpraxen. Hier erhalten Familien ein kostenloses Beratungsangebot im Umfang von einer Stunde, um Dinge zu besprechen, die vielleicht im Rahmen der Untersuchungen zu kurz kommen. Das Angebot wird sehr gut angenommen und immer mehr Arztpraxen wollen sich beteiligen.

Um überall in Kontakt zu kommen, veranstalten wir Konferenzen in den Kiezen, laden die Menschen ein, ihre Themen mitzubringen und diese an die Verwaltung weiterzugeben. Das alles finden Sie auf den Internetseiten des Bezirksamtes. Kommen Sie vorbei, bringen Sie sich ein!

Einen großen Schritt vorwärts haben wir im Thema Bürger*innenbeteiligung gemacht. Das war nur in der Zählgemeinschaft möglich, vorher hatte die CDU über Jahrzehnte alles blockiert. Jetzt können Sie beim Bezirksamt Vorhabenlisten einsehen.

Es werden Beteiligungsveranstaltungen durchgeführt, Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum besprochen und erklärt. Dadurch erleben auch die Nachbarschaftsinitiativen, wie hier z.B. die Initiative am Paulinenplatz, eine Aufwertung. Das bürgerschaftliche Engagement wird geschätzt und auch finanziell unterstützt.

Ein weiteres schönes Beispiel ist der Blumenkiez rund um den S-Bahnhof Botanischer Garten, wo aus der Not des Brückenumbaus eine Initiative zur Platzgestaltung entstand.

Für mich und mein Bezirksamt war es eine erfolgreiche Legislaturperiode. Ich freue mich darauf, vieles weiterzuentwickeln und vor allem, endlich ein neues Rathaus in Zehlendorf zu bauen.

Deshalb kandidiere ich wieder und bewerbe mich für das Amt der Bezirksbürgermeisterin. Dafür hoffe ich auf Ihre Stimme!

Auch im Südwesten endlich eine moderne Kommunalpolitik

Alexander Niessen Mitglied der BVV



Im Jahr 2021 wurde ich das erste Mal in die BVV gewählt. Die Wahlperiode begann unter den Vorzeichen der Corona-Pandemie mit Sitzungen in Masken und mit Abstand in der Paulus-Kirche in Zehlendorf und danach zeitweise noch digital.

Es gab das erste Mal seit 50 Jahren eine politische Mehrheit ohne die CDU. Zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen und mit der FDP machten wir uns auf, die Verantwortung für die Menschen im Bezirk zu übernehmen.

Auch nach der Wiederholungswahl 2023 konnte diese Bezirks-Ampel ihre Mehrheit verteidigen und bis zum Schluss - ganz im Gegensatz zur großen Schwester im Bundestag - gut zusammenarbeiten.

Oberstes Ziel war es, alle Menschen im Bezirk so zu beteiligen, dass sie wieder das Gefühl haben, dass ihre Anliegen und Sorgen Einfluss auf die Gestaltung ihrer Kieze und Lebensrealitäten haben.

Als Bezirksverordneter durfte ich im Ausschuss für Jugendhilfe als Sprecher der SPD-Fraktion, im Ausschuss für Bildung und Kultur als stellvertretender Ausschussvorsitzender, sowie in den Ausschüssen für Stadtentwicklung und für Sport mitarbeiten.

Mir war es wichtig, die Perspektive junger, progressiver Menschen, die viel zu selten Gehör im politischen Alltag finden, einzubringen. Was sind also meine Highlights?

Demokratie vor Ort und für alle: Die CDU-Fraktion hatte lange Demokratie-Projekte im Bezirk blockiert. Als letzter Bezirk nehmen auch wir nun an den „Partnerschaften für Demokratie“ teil. Aus den Fördermitteln konnte die Einrichtung eines echten Kinder- und Jugendparlaments nach den Wünschen und Bedarfen junger Menschen begonnen werden.

Kurz vor Ende der Wahlperiode haben wir die Einrichtung nun beschlossen und die Geschäftsordnung der BVV so geändert, dass das Kinder- und Jugendparlament verlässliche und festgelegte Rechte besitzt und junge Menschen endlich die ihnen gebührende Rolle in der BVV erhalten.

Selbst die Kleinsten haben konkrete Vorstellungen, was sie sich für ihre Nachbarschaft wünschen. Dies nun in einem demokratischen Verfahren umsetzen zu können, zeigt ihnen, was Demokratie alles kann und dass es sich lohnt, sich dafür einzusetzen.

Verantwortung für Vergangenheit und für die Zukunft übernehmen: Die bezirkliche Erinnerungskultur in Steglitz-Zehlendorf hat sich lange Zeit auf die Ehrung des militärischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus konzentriert.

Durch Beschlüsse der BVV konnte endlich der sozialdemokratische, kirchliche und kommunistische Widerstand und auch der Widerstand der Frauen einen angemessenen Raum finden.

In Steglitz-Zehlendorf finden sich allerdings immer noch viele Spuren der deutschen Kolonialverbrechen und des deutschen Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden. Gerade weil Antisemitismus und Rassismus immer salonfähiger zu werden scheinen, haben wir als Bezirk die Aufgabe, durch aktive Erinnerungskultur, Aufklärung und Haltung einen Beitrag dazu zu leisten, dagegenzuhalten.

Ein besonderer Erfolg ist die von der SPD seit Jahrzehnten geforderte und durch die CDU immer blockierte Umbenennung der heutigen Betty-Katz-Straße.

Sie war zuvor nach dem widerlichen Antisemiten Heinrich von Treitschke benannt.

Eine große regionalhistorische Ausstellung beleuchtete, wie im Kaiserreich und von den Nationalsozialist*innen Straßenumbenennungen genutzt wurden, um ihre Verbrechen zu verherrlichen und jüdisches Leben aus dem Stadtbild zu tilgen. Für viele Straßen, wie die Lans-, Ittis- und Takustraße oder die Spanische Allee, die dringend umbenannt werden müssen, gab es noch keine politische Mehrheit. Aber unsere Erfolge und die positive Resonanz zeigen uns, dass ein Wandel in der Erinnerungspolitik im Bezirk möglich ist.

Eine Kiezinfrastruktur, die einfach funktioniert: Neue und sanierte Jugendfreizeiteinrichtungen, saubere Spiel- und Bolzplätze, menschenfreundliche, nachhaltige Kiezgestaltung mit Aufenthaltsqualität – durch Investitionen und die Beteiligung der Anwohnenden konnten wir viele Orte und Plätze in Lichterfelde West schöner und besser nutzbar gestalten. Spiel, Spaß und Freizeit für alle Generationen gehören einfach zu unseren Kiezen dazu und müssen für alle Menschen offen sein.

Dabei war es uns immer wichtig, Kompromisse zwischen verschiedenen Interessen zu schließen, aber auch spürbare Verbesserungen zu erreichen. Der öffentliche Raum gehört uns allen. Wir wollen ihn fit für die Zukunft machen. Beispiele wie der Paulinenplatz oder der Johanneskirchplatz machen Hoffnung und Lust auf mehr.

All dies wäre nicht möglich ohne die Ideen, Anmerkungen und auch die kritischen Rückmeldungen von Ihnen allen im Kiez. Dafür danke ich Ihnen recht herzlich.

Damit wir auch in den nächsten Jahren ein solidarisches Lichterfelde-West gestalten können, bitte ich Sie: gehen Sie zur Wahl und wählen Sie demokratisch – am besten natürlich die SPD.

Ich kandidiere, um meine Arbeit in der BVV fortsetzen zu können.